

Aufwärts

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pfennig. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Halbjährlich 4,80 Mk. —
Kuhlenberg-Verlag.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf., Kleinanzeigen 1,00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 266.

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 13. November 1919.

Jahrgang 1.

Unglaublich und Torheit brüsten
Sich frecher jezt als je;
Daher mußt du uns rüsten
Mit Waffen auf der Hoth.
Du mußt uns Kraft verleihen,
Geduld und Glaubenstreu,
Und mußt uns ganz befreien
Von aller Menschenleu.

Der Bolschewismus in Sowjetrußland.

Die Verhältnisse im Osten ziehen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Es ist von ungeheurer Bedeutung, ob es dem Bolschewismus gelingt, sich der gegen ihn unternehmenen Angriffe zu erwehren, seine Stellung zu behaupten und für die Zukunft, d. h. zunächst für den kommenden Winter, in dem ein militärisches Vorgehen gegen ihn nicht möglich ist, zu sichern. Bisher hat er ein überraschend gutes Leben bewiesen, wenn es ihm auch nicht gelungen ist, über sein Ursprungsland hinaus durchgreifende Erfolge zu erringen. Alle dahin zielenden Versuche haben mit einer raschen Niederlage geendet. Da aber der bolschewistische Herd in Sowjet-Rußland weiter besteht, aus dem der bolschewistische Brand immer neue Nahrung erhalten kann, so ist von entscheidender Wichtigkeit, ob Deutschland in diesem Winter stark genug sein wird, sich gegen seine verheerende Macht zu schützen, oder ob durch unseren inneren Zusammenbruch sein Sieg in der Welt und damit die Vernichtung der abendländischen Zivilisation besiegelt wird.

Darin würde die Wirkung des Bolschewismus sicherlich bestehen, das wird aus den Zuständen in Rußland immer klarer. Sowjet-Rußland steht unter der Herrschaft von einer handvoll Diktatoren, an ihrer Spitze Lenin mit seiner Moskauer Regierung. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder des Bolschewismus, die sich fast nur aus dem Industrie-Proletariat ergänzen, wird auf 300.000 angegeben, wovon nur 7.000 in Petersburg sein sollen. Die Intelligenz, der Großgrundbesitz und die Industrie sind zur Ohnmacht und Einflußlosigkeit verurteilt. Sie stehen unter der Diktatur des Proletariats. Eine Verschwörung gegen die Bolschewisten, an der sich Mitglieder der Rechten, der Liberalen (Kadetten) und der Rechtssozialisten (Menschewiki) beteiligt hatten, wurde am 25. September aufgedeckt und durch eine große Zahl von Todesurteilen geahndet.

Bestand kann in Rußland nur eine Regierung haben, die sich auf die Bauernschaft stützt; denn Rußland ist zum weitaus überwiegenden Teil ein landwirtschaftliches Reich, und daher ist das Agrarproblem die wichtigste Frage. Die Bauern wollen nun freilich von der Wiederkehr der alten Zustände nichts wissen, aber mit Lenin sind sie auch nicht zufrieden. Der Versuch, die Dörfer auf sozialistischer Grundlage zu einer Art von Produktivgenossenschaft umzubilden, ist daher völlig fehlgeschlagen. Die Bauern wollen Land haben zur eigenen Bewirtschaftung. Der ungeheure private und fiskalische Großgrundbesitz soll zerschlagen und an die Landarmen verteilt werden. Man trachtet nicht nach einem landwirtschaftlichen Sozialismus, sondern nach einer landwirtschaftlichen Demokratie. Nur eine Regierung, die ein die Bauern befriedigendes Agrarprogramm besitzt, ist auf die Dauer in Rußland gesichert. Wenn sich aber der Bolschewismus trotz der geringen Beliebtheit bei der Landbevölkerung gehalten hat, so ist das einfach in der Unüberwindlichkeit und Selbstgenügsamkeit des großen Landes begründet. Das europäische Rußland ist fast zehnmal so groß als Deutschland. Die Dörfer können bestehen, ohne daß sie etwas von der Regierung spüren. Der Bauer ist froh, daß er endlich wieder sein Feld besorgen kann und nicht mehr zum Heeresdienst einbezogen wird. Was fragt er da nach den Machthabern in Moskau, galt doch schon im Frieden der Grundbesitz: Der Himmel ist hoch und der Ror ist weit. Die Städte sind freilich viel stärker durch die bolschewistische Regierung in Mitleidenschaft gezogen. Die Industrie ist zerschlagen. Durch seine bekannten Vorläufer lachte Lenin sie wieder in Gang zu bringen. Die Arbeitslosigkeit ist eingeführt, frühere Industrielle sind mit

hohen Gehältern an die Spitze der Betriebe gesetzt worden. Man erklärt sich bereit, mit dem ausländischen Kapital in Verhandlungen einzutreten, um der erschöpften Volkswirtschaft neues Lebensblut zuzuführen. Wer sich aber trotz aller Verbesserungsmaßnahmen in der Industrie nicht halten kann, wandert in das weite, weite Land aus, sucht dort Beschäftigung, oder schließt sich einer der vielen plündernden Banden an. Die Städte sind entvölkert, zumal auch die Lebensmittelpreise unerhört gestiegen sind. Das Transportwesen, von dessen Zustand selbst wir uns wohl kaum eine Vorstellung machen können, erschwert die Zufuhren ungeheuer. So wird unter der „glorreichen“ Regierung der Bolschewisten die Stadtkultur nach und nach zertrümmert, die einheitliche Organisation des Landes gefährdet und es entsteht mit der Zeit wieder ein vollkommen anarchisches, aus lauter einzelnen Gemeinden bestehendes, rein ländliches Rußland ohne jede Geisteskultur und moderne Zivilisation, die ja beide doch nun einmal nicht mehr voneinander zu trennen sind. Der Charakter und die Bildungsstufe der politischen Verhältnisse und der zurückgebliebenen Volkswirtschaft der Russen sind die Erklärung für die lange Dauer der bolschewistischen Herrschaft, nicht aber deren innere Stärke und Vorzüge. Auf andere, fortgeschrittenere Verhältnisse angewandt, müßte der Bolschewismus noch viel furchtbarere Folgen mit sich führen, als er es in Rußland schon getan hat.

Als ein Zeichen innerer Schwäche hat man es ansehen wollen, daß die bolschewistische Regierung Anfang Oktober an die Randstaaten (besonders Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen), an die Ukraine und an die Entente ein Friedensangebot gemacht hat. Ein Friede ist aber bisher nirgends zustande gekommen, im Gegenteil, der Konflikt zwischen der Entente und Sowjet-Rußland hat sich verschärft (Blockade); über seinen Ausgang ist noch nichts zu erkennen. Es besteht aber trotzdem Neigung, besonders in England, sich mit der roten Regierung zu verständigen, da die Bolschewisten sich inzwischen doch stärker gezeigt haben, als man erwartet hatte.

S. Wagner.

Der Ernst der Lage.

Die Maßnahme der Reichsregierung, wonach vom 5. bis 15. November d. J. einschließlich jeder Personenverkehr eingestellt werden muß und nach Ablauf dieser Frist nur der allerunvermeidlichste Verkehr zugelassen werden kann, hat der deutschen Bevölkerung die Augen geöffnet über den Ernst der Lage, in den wir auf dem Gebiete des Verkehrs und insfolgedessen auf dem Gebiete der Versorgung mit Nahrungsmitteln und mit Rohstoffen gekommen sind. Es ist klar, daß die Reichsregierung nicht zu solchen einschneidenden Maßnahmen geschritten wäre, wenn sie nicht zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß wir bei einem Fortgang der Dinge wie bisher, vor katastrophalen Ereignissen stehen.

Die Lage ist jedoch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ernst. Es hat keinen Zweck, das zu verhehlen; es ist vielmehr nötig, daß man den Dingen klar ins Auge sieht und sich bewußt wird, worum es geht. Deutschland ist und bleibt gewillt, die Friedensbedingungen, soweit dies objektiv möglich ist, zu erfüllen. Die Entente hatte begonnen, diesen Willen zu achten und es sind ruhige und durchaus sachliche Verhandlungen darüber in Gang gekommen, was Deutschland tatsächlich zu leisten in der Lage ist. In der letzten Zeit hat sich jedoch wieder ein Mißtrauen der Entente gegen uns eingestellt. Veranlaßt ist es vor allem durch die Vorgänge im Baltikum, wo es trotz des energischen Willens der Reichsregierung bisher noch nicht gelungen war, die deutschen Truppen zurückzubringen. Ferner aber — das muß hier offen gesagt werden — dadurch, daß die Deutschen schon wieder in ihren Erbfehlern verfallen sind, bald dieses bald jenes zu wollen, und daß die meisten Fragen nicht von einer, sondern von fünf, sechs Stellen bearbeitet werden, von denen jede verschieden handelt. Dieses Verhalten — vielleicht lediglich begründet darin, daß man bei uns viel zu viel denkt — erscheint nach außen hin als unehrlich. Wir müssen durch den Krieg gelernt haben, daß wir diese Politik nicht weiter treiben dürfen. Und wir

müssen durch die Not die Kraft erhalten, uns zu bessern. Gelingt uns das nicht, dann kommen wir nicht durch. Dann ist aller andere gute Wille vergebens.

Unsere Politik muß einfach, gerade und folgerichtig sein. Wir müssen es nicht nur ehrlich meinen, sondern auch nach außen beweisen, daß wir es sind. Jetzt haben wir es wieder so weit gebracht, daß es keine noch so törichte Handlung gibt, die uns die Entente nicht zutraut. Besonders gilt dies in der Kohlenfrage. Sie ist der Schlüssel unserer Beziehungen zu Frankreich. Wir haben der Entente, wie bekannt, im Sommer aus freien Stücken erklärt, daß es in unserem Interesse läge, schon vor der Ratifikation des Friedens Kohlen nach Frankreich zu liefern, nachdem die Entente uns die Zusicherung gegeben hatte, daß diese Lieferungen auf die späteren Pflichtlieferungen aus den Friedensbedingungen angerechnet würden, und daß diese Pflichtlieferungen für den Winter 1919/20 eine bestimmte, hinter den Friedensbedingungen zurückbleibende Menge nicht erreichen sollten. Diese freiwilligen, in unseren eigenen Interessen liegenden Lieferungen stoden jetzt, nicht infolge zu geringer Förderung in Deutschland, sondern infolge der Unmöglichkeit der Beförderung. Trotz aller unserer Bemühungen ist aber ein Verständnis bei der Entente für unsere schwierige Lage nicht zu erzielen. Die Haltung, die der Verband gegen uns einnimmt, ist dermaßen unverständlich, daß man überhaupt an seinem sachlichen Willen, unseren Verhältnissen Rechnung zu tragen, zu zweifeln versucht. Sie läßt sich nur erklären, wenn man sie auf das Mißtrauen zurückführt, das bei der Entente gegen uns herrscht. Tatsache ist, daß eine Änderung gegen bisher eingetreten ist und daß eine neue Welle des Chauvinismus gegen uns heranrollt.

Die deutsche Regierung wird Ruhe bewahren. Sie wird darauf vertrauen, daß die Welle wieder verebbt und nach einiger Zeit bei der Entente wieder eine sachlichere Betrachtungsweise Platz greift. Sie wird sich nicht abhalten lassen, durch weitere Botschaften mit der Entente klarzustellen, was wir leisten können und was nicht. Es wird der Entente insbesondere in der Kohlenfrage erklärt werden, daß unsere gegenwärtigen Leistungen durchweg freiwillig sind und uns hierin zunächst überhaupt keine Vorschriften gemacht werden können. Es wird ihr weiter erklärt werden, wir würden nach der Ratifikation des Friedensvertrages dasjenige leisten, wozu wir nach bestem Wissen und Gewissen imstande sind; es gebe für uns aber eine Grenze der Leistungsfähigkeit an dem, was Deutschland zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Ruhe in Deutschland brauchte. Daß uns das, was wir zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Ruhe in Deutschland an Kohlen nötig haben, gelassen wird, ist im Friedensvertrag ausdrücklich vorgesehen. Versucht die Entente hierüber hinauszugehen, so wird sie in der einfachen Tatsache der Unmöglichkeit einen absoluten Widerstand von uns finden. Ob sie sich aber dadurch bestimmen lassen wird, von Zwangsmassnahmen abzusehen, ist ungewiß. Es muß, so wie die Dinge liegen, damit gerechnet werden, daß bei der Entente die Vernunft nicht die Oberhand behält, sondern daß sie sich zu einschneidenden Maßnahmen in den Rheinländern und vielleicht auch zu einer Befehung des Ruhrreviers hinreißt lassen wird.

Man hat bisher von der Schärfe der Friedensbedingungen noch nichts gemerkt. Die meisten Menschen in Deutschland haben sich dadurch einschläfern lassen. Sie meinen, es werde so, wie es bisher gegangen ist, weitergehen. „Es sei ja alles gar nicht so schlimm!“ Dieser Traum wird voraussichtlich bald zerstört werden. Es werden, selbst wenn die Entente noch so maßvoll sein wird, — was bei der gegenwärtigen Sachlage nicht zu erwarten ist — Forderungen wirtschaftlicher Art, insbesondere was die Kohlenlieferungen anlangt, an uns gestellt werden, die wir auch mit der Aufbietung aller unserer Kraft nicht werden erfüllen können. Was dann geschieht, weiß niemand, aber jeder muß wissen, daß das, was in diesem Winter vor uns steht, ernst sein wird. Es wird der Anfang sein einer langen Jahre währenden Leidenszeit, durch die wir hindurch müssen. Erstes Erfordernis, daß wir hindurch können, ist, daß wir uns zwingen, auch nach außen hin unter allen Umständen gerade, konsequent und geschlossen aufzutreten.

„D. A. Ztg.“

Der Entschluß zum U-Bootskrieg.

Nachfolgend geben wir die Ausführungen des Admirals Koch über die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootskrieges im Wortlaut. Nach allem Streit über diese Frage schafften die Mitteilungen des Admirals im Untersuchungsausschuß Klarheit. Den Herren Singheimer, Cohn und Gothein scheint ja etwas warm geworden zu sein bei der sachlichen Darstellung. Unserem Volke, soweit ihm die Presse den wahren Sachverhalt nicht vorenthält, wird durch die Feststellungen des Untersuchungsausschusses allmählich die Erkenntnis aufgehen, daß die Männer, welche die Verantwortung für den U-Bootskrieg trugen, auch weiter nichts taten als ihre schwere, schwere Pflicht, dem hart bedrängten Vaterlande gegenüber.

Admiral Koch führte aus:

Es ist Ihnen allen bekannt, daß die englische Flotte von Kriegsbeginn an sich dauernd von deutschen Gewässern fern hielt; abgesehen von einigen Vorstößen in die Deutsche Bucht, war nichts von ihr zu sehen. Wider Erwarten verzichtete England also auf eine Seeschlacht, denn es selbst konnte wohl nicht annehmen, daß die schwächere deutsche Flotte den Feind an seiner eigenen Küste aussuchen würde, was unter faktisch ungünstigen Bedingungen stattfinden müßte. Wir mußten annehmen, daß das übermächtige England uns aussuchen würde. England ging auch nicht zu einer völkerrechtlichen Blockade über in dem klaren Bewußtsein, daß, wenn es dies getan hätte, es damit einen großen Teil seiner Flotte im Blockadedienst verloren haben würde, letzten Endes wäre es doch wohl gezwungen gewesen, seine Schlachtflotte einzusetzen. England bemühte sich statt dessen, seine Kriegsschiffe vom Kriegsschauplatz zurückzuhalten, sie in sicheren Häfen aufzubewahren und statt einer Blockade nach internationalen Regeln eine solche zu eröffnen, die allem Völkerrecht Hohn spricht. Es konnte mit leichten Streikkräften und Hilfsfahrzeugen aller Art die Zugänge zur Nordsee absperrern und durch wirtschaftliche und physische Aushungerung des deutschen Volkes den Frieden erzwingen unter gleichzeitiger Vergewaltigung von Neutralen. Auf diese Weise entstand die sogenannte Hungerblockade, die unser Volk so schwere und entsetzliche Leiden gebracht hat, in deren Ausführung sich die englische Brutalität und Mißachtung jeder völkerrechtlichen Regelung zeigte. England schloß sich mit feuerzürner Mißachtung jeden Rechtes über alles hinweg. Seit Herbst 1914 hatte England so seine Hand an unserer Gurgel, und Deutschland war dagegen fast machtlos. Da eskalierte in der U-Bootskrieg das geübene Mittel, dem englischen Wirtschaftsleben und damit schließlich auch seiner politischen Macht und der gesamten Kriegsführung der Entente in Gestalt der Verringerung seines Frachtraumes Schaden zuzufügen.

Die Stärke des U-Bootes liegt in seiner Fähigkeit, den Feind unter Wasser anzugreifen und der gefährdeten Torpedowaffe auszuweichen. Die Boote sind klein und unsichtbar, seine Schwäche liegt in seiner Verletzlichkeit bei Überwasser-Verwendung. Die U-Boote sind bis auf neuere Zeit nicht ganz verstanden, jeder einzelne Treffer konnte also das Boot außer Gefecht setzen und vor allen Dingen lauchunfähig machen. Vor allen Dingen war einem getroffenen U-Boot die Möglichkeit genommen, auszutauchen. Allerdings mußte bei Verwendung der U-Boote eine unterschiedliche Behandlung von feindlichen und neutralen Schiffen fast unterbleiben, wodurch eine Gefährdung der neutralen Beziehungen nicht ausgeschlossen war. Zum ersten Male war durch das U-Boot die Möglichkeit gegeben, ohne Besitz der Seeherrschaft die Art an die englische Seeherrschaft zu legen, zudem war die Anwendung dieses Mittels abhängig von der militärischen Notwendigkeit.

Im Herbst 1916 war es immer klarer geworden, daß die physischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands und vor allem unserer Bundesgenossen binnen absehbarer Zeit zur Neige gingen im Erschöpfungskrieg und in der Hungerblockade. Eine Auslastung auf eine günstige Entscheidung im Landkrieg war kaum noch vorhanden. Nach Ansicht des

Admirals mußte auch die Küstflotte auf Neutralität zurücktreten. In der Denkschrift des Admirals, die am 22. Dezember dem Hauptquartier übergeben wurde, ist die Ansicht Holten dorffs hierüber festgelegt. Darin heißt es, daß das Ende des Krieges unter allen Umständen baldigst herbeigeführt werden müsse, wobei auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nüchtern abzuwägen seien. Uns blieb nur die Wahl zwischen zwei Übeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Die Antwort auf das deutsche Friedensangebot hatte gezeigt, daß unsere Feinde es auf die Vernichtung Deutschlands abgesehen hatten. Admiral v. Holten dorff war der Ansicht, daß die Zeit von da ab nicht mehr für uns, sondern gegen uns arbeite, der Krieg könne auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden und außerdem verlange die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine. Die Neigung der Entente, auf unheimlicher Grundlage zum Frieden zu kommen, war für ihn so gut wie ausgeschlossen.

Einiges über Auswanderung.

Dem Schreiber dieser Zeilen hat sein Vater oft von dem „Hungerjahr“ 1849 erzählt. Damals, wie überhaupt in schweren Zeiten wanderten besonders viele unserer Volksgenossen aus. Wir haben jetzt wieder eine Notzeit und das Schwerste steht uns vielleicht noch bevor. Ist es da ein Wunder, wenn die Auswanderungslust sich ganz besonders regt? Noch sind die Schwierigkeiten zu groß. Es sind keine Schiffe vorhanden, unser Geld steht so niedrig, daß wir fliehen mußten, um den Wert für eine Überfahrt nach einem überseeischen Lande nicht deshalb schrecklich hoch. So können jetzt ärmere Leute überhaupt wohl kaum mit Aussicht auf Erfolg dem Gedanken näher treten. Ja, der Erfolg, auf den rechnet doch jeder, der auswandert! Er will es besser haben als bei uns. Aus dem politischen Wirrwarr kommt er heraus, aber wie wird es wirtschaftlich? Wer nicht mehr arbeiten will als hier bei uns, sollte ja hier bleiben, er mag seines Zeichens sein, was er will. Tüchtige Handwerker haben vielleicht noch die meiste Aussicht. Vielleicht bessern sich aber auch die Verhältnisse, vielleicht findet sich Anstellungsgellegenheit in einem Lande, das man ohne Schiffe erreichen kann, obwohl nach der Zeitung die südamerikanischen Republiken mit einer deutschen Einwanderung von 5 Millionen rechnen. Man nimmt an, daß insgesamt 10 bis 15 Millionen Deutschen den Wanderstich ergreifen werden. Da tritt eine Aufgabe vor uns hin, die riesenartig ist. Unsere Feinde wünschen schließlich, daß diese große Menge uns verloren geht. Und die Gefahr ist auch sehr groß. Viele der Auswanderer werden voraussichtlich wirklich „Auswanderer“ für andere Länder. Wenn aber blüht bei diesem Gedanken nicht das Herz? Wer möchte nicht, daß alle diese Auswanderer uns erhalten bleiben nach Sprache, Glauben, Sittlichkeit und Art? Daß sie uns den deutschen Namen wieder zu Ehren bringen helfen? Das wird eine große Aufgabe werden.

In Berlin hat sich ein Reichswanderungsamt gebildet, das in allen größeren Städten Nebenstellen errichtet. So gibt es eine solche auch in Bielefeld. Von da aus ist ja schon ein Transport nach Argentinien abgegangen. Außer diesen behördlichen Stellen gibt es aber auch noch andere Organisationen, die den Auswanderern helfen und raten wollen, so z. B. in Bielefeld der „Evangelische Verein für deutsche Auswanderer“. Eine Zweigstelle dieses Vereins ist in Bielefeld bei Bielefeld errichtet worden. Diese Verbände werden in enger Fühlungnahme mit den öffentlichen Organisationen arbeiten, haben aber die besondere Aufgabe, den künftigen Auswanderern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, die sich auf Grund ihres Glaubens zusammenschließen, den sie auch drüben nicht verleugnen wollen. Solche Auswanderer werden daran denken, wie sie ihren Kindern auch weiterhin in deutscher Sprache einen guten Unterricht erteilen lassen können, vor allem einen guten

Religionunterricht. So den Auswanderern gelte diese Zeilen. Zusammenschließen müssen sich alle, warum sollen es die nicht tun, die sich Christen nennen und es bleiben wollen? Hilft euch vor einem großen Fehler, den wir Deutschen haben, vor der Zersplitterung, die da draußen ganz besonders gefährlich ist!

Am schönsten wäre es ja, wenn sich solche gleichgesinnte Auswanderer hier schon nach Dorfschaften zusammenfänden. Die Handwerker müßten vorhanden sein, der Lehrer müßte gleich mitgehen, vielleicht entschloße sich auch noch ein Missionar, der nicht wieder auf sein Arbeitsfeld kann, und der schon Pionierarbeit geleistet hat, zur Mitreise, als einfacher Anführer und zugleich als Diener am Worte Gottes.

Wenn aber nun nicht bloß Landwirte, sondern auch andere Leute Auswanderer werden wollen, die nichts oder sehr wenig von Vieh und Landwirtschaft verstehen? Ich meine, da müßte noch Rat geschaffen werden und es sollte gerade eine Stelle wie Bethel solchen Leuten seine Hand reichen können.

Wie wir hören, ist die Nebenstelle für evangelische Auswanderer in erster Linie für das Mindener-Ravensberger Land gedacht. Es wäre dem Schreiber daher sehr lieb, wenn aus dem Kreis der „Aufwärts“ ein Echo käme, das die Sache fördert. Freilich, das sei noch einmal deutlich gesagt, gegenwärtig ist allen Auswanderern nur abzurufen.

Ehe man an die Auswanderung denkt, sollten darum zuerst einmal alle Möglichkeiten der Auswanderung im Inlande erschöpft werden. Da ist schon viel geschrieben worden, es sind schon Gesetze erlassen, aber von praktischer Arbeit hört man sehr wenig. Wie steht es um die sogenannten Siedlungsgesellschaften, die große Kapitalien erhalten haben? Und wenn bei den Siedlungsgesellschaften jetzt nichts zu haben ist, gibt es nicht private Großgrundbesitzer, die einen Teil ihres Landes den armen Volksgenossen überlassen und sich dadurch einen Gotteslohn verdienen?

Der Waffenstillstand von 1918.

Deutschlands Schicksal besiegelt.

Auf die große Umwälzung im Innern folgte am 11. November 1918 der Abschluß des schmachvollen Waffenstillstandes, der der Vorläufer des ungeheuerlichen Friedensschlusses zu Versailles vom 28. Juni sein sollte. Der „Friede“ war ein Schicksal, das die deutsche Nation in die schlimmste Bedröhung brachte. Die Wirkungen dieses grausamen Waffenstillstandes auch heute noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Es dürfte daher angebracht sein, sich die Vorgänge zu Anfang der zweiten Novemberwoche vorigen Jahres etwas ins Gedächtnis zurückzurufen.

Eine schwere Aufgabe stand unseren Truppen damals bevor. Belgien und Frankreich mußten sofort, ohne Vorfragen binnen 14 Tagen geräumt werden. Was an Truppen nach dieser Zeit noch in dem abzutretenden Gebiete angetroffen wurde, sollte interniert oder kriegsgefangen werden. Im Anschluß daran sollte innerhalb einer bestimmten Frist das gesamte linke Rheingebiet und die Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Bonn sowie auf dem rechten Rheinufer eine 30–40 Kilometer tiefe neutrale Zone geräumt und den Alliierten überlassen werden. Während die Etappenstruppen in wilder Flucht aus Belgien und Frankreich dem Rhein zufluteten und dadurch deutsches Heerergut in Millionen verloren ging, legten die braunen Freitritter den Rückmarsch zwar in Eilmärschen, aber doch in tadelloser Ordnung zurück und bewiesen durch ihre geschlossene Haltung, daß sie sich von der vorübergehenden Nervosität, dieser Folge der übermächtigen Anstrengungen in der wochenlangen Abwehr der feindlichen Anstürme, wieder erholt hatten. Wenn die Truppen bei dem Durchmarsch durch die rheinischen Städte auch jubelnd begrüßt und empfangen wurden, so war die Rückkehr doch ganz anders, wie sie ihnen jemals erschienen war. Um die Rückmarschströme inzuhalten und der Gefangennahme zu

Weibegeld für das Vieh mehr entrichtet. Er sagt: „Ich bin zu euch gekommen, weil ihr den Weg zu mir nicht mehr findet. Heute will ich an unsere großen Lehrer schreiben. Ich will auch schreiben, warum ich noch keine Gartenmiete und kein Weibegeld erhalten habe. Ich kann das aber nicht schreiben, bevor ich euch nicht befragt habe.“ Es wird lange hin- und hergeredet. Endlich sagt ein Alter: „Schreib doch, daß wir alle sehr arm seien und das Geld nicht hätten.“ Detering erwiderte ihnen: „Wie kann ich das schreiben? Ihr selbst habt mir erklärt, ihr könntet ohne Arbeit leben und wolltet darum auch nicht mehr auf der Farm arbeiten. Ihr hättet im Garten und im Viehstall genug Lebensmittel. Daraus müßten jetzt eure großen Lehrer in der Farmwirtschaft verrichten. Ihr aber wolltet feiern.“ — „Ja, das ist so, aber schreib nur, wir wären zu arm.“ Detering geht schnell erheben sich alle und gehen zu Johannes Krüger, einem Bastard, den die Regierung zum Hauptling der Bushmänner gemacht hat. Bei ihm ist der Sammelplatz aller Unzufriedenen, und seine Werk ist das Samenbeet aller schlimmen Ränke und Verdächtigungen. Johannes Krüger setzt sich aufs Pferd, um nach Tumes zu reiten und den dortigen englischen Magistrat genau zu unterrichten. Dieser sagt im Hufe zu, nur müßte er ihm, dem Magistrat, auch in einer Angelegenheit behilflich sein. Es seien wichtige Akten des deutschen Gouvernements verschwunden und Gelder dazu. Diese Akten seien vermutlich bei Missionar Bedder in Gaus abgelaufen worden, und er habe sie vermutlich in die Erde gegraben. Der Missionar müsse genau beobachtet werden. Vielleicht ließe sich feststellen, daß eine Kiste seines Haushaltes irgendwohin getragen sei. Johannes Krüger kehrt zu seinen Leuten zurück. Nun wird die alte Freiheit, wie man sie vor der Ankunft der Missionare und vor der Ankunft der deutschen Regierung genossen wieder ausleben!

(Fortsetzung folgt.)

Ausgewiesen.

Von Miss. Bedder.

3. Bild. Der Friede ist unterzeichnet! Gott sei Dank! Nun werden die Männer der schuldigen wartenden Frauen zurückkehren und die stete Furcht um das Leben hat ein Ende. Der Gouverneur kehrt abermals im Missionshaus ein, diesmal als Gefangener, geleitet von dem englischen Obersten Elliot, der ihn aber mit größtem Respekt behandelt. Das Lazarett wird eingepackt und abgehoben. Wir fürchten der Platz ausreicht! Sonst peinlich reinlich und sauber, ist er jetzt zugestrichelt, als hätte der Verstand selbst getanzt. Überall fahren Alten des Gouverneurs umher, dort liegen Alten des Militärs. Fernsprechanlagen dienen den Kindern der Eingeborenen zum Spiel. Ganz zertrümmerte Ochsenwagen versperren den Weg. Doch was macht's? Es ist Friede! Das Blutvergießen hat ein Ende. In Deutschland wird man's bald wieder gutmachen. Dort werden unsere Feldgrauen liegen, und die Feinde müssen uns unser Südwert wieder herausgeben! Da können wir's schon ertragen, wenn für eine kurze Zeit ein „Administrator“ den Gouverneur vertritt und wenn ein englischer „Magistrat“ sich auf den Sessel des Bezirksamtmannes setzt. Nun können die gescheiterten Familien wieder in ihr eigenes Heim einziehen. Nun können auch im Garten des Missionshauses die Silbergeräte einer Dame, die Tagebücher eines Forschungsreisenden, die Manuskripte des Missionars wieder ausgegraben werden. Draußen säubern einige Buren den Platz. Was ihnen wertvoll erscheint, nehmen sie auf Wagen mit. Anderes lassen sie als wertlos liegen. Die Fernsprechanlagen finden keinen Liebhaber; sind sie doch beschädigt! Sie liegen noch Monate umher. Endlich erbarmt der Missionar sich ihrer. Er kann's nicht mehr mit ansehen, daß Apparate des früheren Postamtes unter die Füße getreten werden. Somit verscharrt er sie in der Erde

mit anderem Gerümpel und denkt nicht daran, daß er sich eines Kapitalverbrechens schuldig macht.

4. Bild. Ich komme zur Werk der Eingeborenen. Die Leute sind erregt und sagen doch nicht, worüber sie so erregt sind. Im Kreise der schwarzen Gestalten sitzt eine nackte Person. Es ist der Bergdama Josaphat. Das ganze Gesicht ist mit Blut bedeckt. Die Haut des Körpers ist von Dornen zerrissen. Was mag vorgegangen sein? Josaphat ist von einer höheren Macht zum Zauberer „berufen“ worden. So erzählt er: „Ich wollte es selbst nicht, aber ich konnte nicht widerstehen. Als ich die Gewehrküfse hörte und als die Kanonen donnerten, da erfaßte mich die Macht Gamabs (des heidnischen Gottes der Bergdama) und trieb mich ins Feld. Da bin ich drei Tage geblieben. Ich wußte schließlich nicht mehr, was um mich her und in mir vorging. Dort erhielt ich den Auftrag, Kranke zu heilen, die nach dem Willen böser Geister erkrankt sind. Die Geister haben mich blutig geschlagen; denn sie wollten nicht, daß ein Zauberer ihnen ihre Beute abtreibe. So bin ich denn blutig zurückgekommen. Ich weiß wohl, daß ich ein Christ bin. Ich weiß, daß ein Christ nicht zaubern darf. Aber Gamab hat mich zum Zauberer berufen, und ich kann's nicht ändern.“ O, unseliger Krieg! Wie sehrst du das Unterste zu oberst und entseßelt Regungen und Leidenschaften in der menschlichen Natur, die früher so tief und fest schliefen, als wären sie nicht vorhanden! Nun wird Josaphat alle Kranken besuchen und aus ihren Körpern die Krankheitsreize herausaugen in Gestalt von Steinen, Messern, Nägeln, Dornen, Schürren usw., und in dunkler Nacht werden sogar Christen ihre Kranken zu ihm bringen, damit nur ja der Missionar nichts erfährt! Das alte Heidentum wird wieder aufleben!

5. Bild. Der Farmverwalter Detering kommt zur Werk der Eingeborenen. Sie haben seit langer Zeit keine Nacht mehr für den Garten bezahlt, aus dem sie jährlich zwei Enten heimtragen. Auch haben sie seit langem kein

ernern gelte, diese alle, warum sollen es und es bleiben hier, den wir Deut- draußen ganz be-

solche gleichgestimmte zusammenfassen. der Lehrer mußte auch noch ein Miß- feld kann, und der reise, als einfacher te Gottes.

irte, sondern auch die nichts oder sehr tehen? Ich meine, id es sollte gerade seine Hand reichen

evangelische Aus- s Witten-Havens- schreiber daher sehr aufwärts" ein Echo as sei noch einmal en Auswanderern

denkt, sollten dar- der Ansiedlung im on viel geschrieben der von praktischer eht es um die so- oße Kapitalien en- lungsgesellschaften rivate Großgrund- den armen Volks- n Gottesdien ver- D.

von 1918.

geht. ginnern folgte am des schwachen vom 28. Juni all Hoch forderte achung des deut- igen dieses grau- noch nicht zum daher angebracht der zweiten No- ins Gedächtnis

ren Truppen da- müßten sofort, geräumt werden.

in dem abzutre- sollte interniert stuß daran sollte is gesamte linke nz, Koblenz und iser eine 30-40 mit und den W- d die Clappen- und Frankreich

deutsches Heeres- ten die braven in Einsärfen, ät und bewiesen sie sich von der

folge der über- ochenlangen Ab- erholt hatten. marsch durch die

ist und empfan- ch ganz anders, Um die Ab- fangennahme zu

Er sagt: „Ich bin u mir nicht mehr Lehrer schreiben. keine Gartenmiete

ann das aber nicht „Es wird lange ter: „Schreib doch, eld nicht hätten.“

das ich das schreiben? ohne Arbeit leben er Farm arbeiten.

al genug Lebens- in der Farmwirt- „Ja, das ist

„Deining geht. Johannes Krüger, um Hüpfen der der Sammelpunkt

st das Samenbed- ungen. Johannes mes zu reiten und u zu unterrichten.

in, dem Magistrat. sein. Es seien

ents verschwunden emußlich bei Miß- n, und er habe sie

schickstellen, daß hin getragen sei. zuriid. Nun wird

Ankunft der Mi- Regierung genoh.

tehung folgt)

entgeben, mußte ein Teil der deutschen Truppen durch Holland marschieren unter Aufsicht und unter der Bedingung, daß Waffen und Kriegsmaterial in Holland zurückgelassen werden.

Inzwischen war auch bereits mit der allgemeinen Enttarnung begonnen worden. 5000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehre, 3600 Minenwerfer und 2000 Flugzeuge mußten dem Feinde überlassen werden, eine große Menge von Kriegsmaterial fiel bei dem über- ersten Marsch in Feindeshand. Sämtliche U-Boote, 6 leichte Kreuzer, 6 Schlachtschiffe mußten den Alliierten abgegeben und der Rest der deutschen Kriegsflotte sollte entwaffnet in Scapa Flow untergebracht werden, wo sie dann später von den deutschen Bewachungs- mannschäften versenkt wurde.

Zu den letzten mußten alle Truppen hinter die Grenze von 1914 zurückgezogen werden, auch hier ging zahl- reiches Kriegsmaterial verloren. Die Reste der Waffen- s-Kräfte wurden in Ungarn interniert, die Polen brachten auf deutsches Gebiet nach und nur mit Mühe konnten deutsche Freiwilligenverbände dem weiteren Vordringen der ländererzigen Polen Einhalt gebr- hen. Die Friedensverträge von Bukarest und Brö- strowitz wurden für nichtig erklärt.

Sämtliche Kriegsgefangenen mußten den Alliierten ohne Gegenleistung zurückgegeben werden, und bis heute verhindern die Franzosen, die „Kämpfer für Kultur und Zivilisation“, die Heimkehrförderung von mehreren hunderttausend deutschen Soldaten, während die übrigen Wächter schon längst die Rückkehr gestattet haben. Es ist klar, daß sich bis zum Schluß unter Ver- zornung gegen die Uebermacht der Engländer und Belgier lauter gehalten hatte, mußte kapitulieren, das Schicksal des deutschen Kolonialbesitzes war damit be- segelt.

Die grausamste aller Kriegsmaßnahmen, die Hun- gerblockade, wurde auch für die Zeit des Waffen- stillstandes aufrecht erhalten, um Deutschland endgültig gelähmt zu machen für die Annahme der schweren Friedensbedingungen, die die Bedingungen des Waffen- stillstandes noch bei weitem übertrafen und umfang- reiche Gebiete des deutschen Vaterlandes vom Reich losreißen. Deutsche Schiffe durften weiter gefahren werden während andererseits sämtliche von Deutschland für zentrale verhängte Beschränkungen der Schifffahrt aufgehoben waren.

Weglicher Protest gegen diese erniedrigenden Be- dingungen fruchtete nichts angesichts der unangeneh- men Haltung des Marichalls Foch. Bald machten sich die Folgen der Entwaflung und der Auflösung des deutschen Heeres bemerkbar. Die Unmängkeiten im In- nern dauerten weiter an. Sämtliche deutsche Kräfte verzichteten auf ihren Thron oder wurden für abge- lehnt erklärt, der Kaiser stiftete nach Holland, die Kaiserin folgte ihm bald darauf nach. Die Franzosen zogen in Elsaß-Lothringen ein, das Rheinland, Pfalz und Hessen wurden von den Entente-Truppen besetzt. Ende Dezember kam es in Berlin zu heftigen Kämpfen zwischen Matrosen und reaktionären Truppen. Im Januar und März brachen die Un- ruhen von neuem aus und wuchsen sich zu rich- tigen Schlächten bei Verwendung sämtli- cher Kampfmittel aus.

Nur mühsam konnte der Zustand niedergeschlagen werden, um dann an einer anderen Ecke des Reiches von neuem aufzukommen. Millionenwerte wurden durch die emigen Unruhen vernichtet. Die Auflösung des Heeres ist uns fürwahr teuer zu stehen gekommen. Wir erinnern nur an die Schreckenszeit in München, Hamburg und Dresden. Mit angemessenen Streikkräf- ten hätten diese spartakistischen Umtriebe mit einem Schläge verestelt werden können. Die wilden Streiks und die dadurch veranlaßten Milliarden-Ausgaben die- ses Jahres wären uns erspart geblieben, und Ruhe und Ordnung Arbeit und Verkehr wären gewahrt ge- blieben. Die deutsche Mark wäre nicht auf den som- merlichen Zustand von 14 Centimes herabgesunken. Dem schwachen und erniedrigenden Waffen- stillstandsvertraa vom 11. November folgte der noch unheilvollere Friedensvertrag zu Versailles. Hatte ersterer schon die grundsätzlichen Bedingungen des Ge- waltfriedens aufgestellt, so enthielt der zweite Ver- trag die nicht weniger grausamen Bedingungen, die Förderung der Abtretung des Westfälischen an Po- len sowie diejenige der Abtretung von weiten Ge- bieten an Belgien, Dänemark und Litauen. Wenige Tage sind erst veranlassen seit der Neuauflage der beiden Verträge durch die neue Grenzziehung der Ent- ente, die uns noch allen in frischer Erinnerung sind. Eine Schraube ohne Ende.

Zur Verkehrsberre.

Württemberg fordert weitere Verkehrs-Ein- schränkungen.

Das württembergische Staatsministerium hat be- schlossen, die Verkehrsregulierung auf das dringendste zu erfordern. Sie möge 1. das gesamte Verkehrsnetz mit sofortiger Wirkung einer mit weitestgehenden Vollmachten ausgestatteten Zentralbetriebsleitung unterstellen; 2. Vorkehrungen treffen, daß auch nach dem 15. November durch geordnete Einschränkungen des Personenverkehrs die Allfälligkeit und ausreichende Leistungsfähigkeit des Schienenverkehrs auf allen deutschen Eisenbahnen sichert ist; 3. den Personenverkehr an Son- ntagen auf allen deutschen Eisenbahnen bis auf weite- res zu untersagen; 4. die Benutzung von Per- sonenverkehrsstraßen nur an Werktagen und nur gegen besondere behördliche Erlaubnis einzuschränken; 5. eine besondere Überwachung zur Sicherstellung regelmäßi- ger ausreichender Kohlentransporte auf dem Rhein- und durch die Bahn nach Süddeutschland einzufüh- ren; 6. eine weitere Einschränkung des Ver- brauchs an Gas und elektrischem Strom für das ganze Reich einheitlich durchzuführen und ebenfalls eine einheitliche Sperrstunde für alle öffent- lichen Lokale vorzuschreiben, die nicht nach 10 Uhr abends liegen soll.

Die Bevölkerung Süddeutschlands vermag die ihr auferzunehmenden überaus harten Einschränkungen für- merhin nur dann zu tragen, wenn sie Gewißheit hat, daß die für den Kohlentransport allfälliger liegenden Verkehrsstellen denselben Einschränkungen unterwor- fen sind.

Einfluss des Verkehrsberre.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die ein- schneidenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung ha- ben im Ruhrgebiete bereits zu einer neuartigen we- senlichen Stöckung der Waggengestellung für Pechen, Koks und Bräunung geführt. Während in den ersten vier Werktagen der vorläufigen Woche die Wagg- gestellung im ganzen 54 381 Wagg, d. h. im werk- stätigen Durchschnitt 14 595 Wagg betrug, stieg sie in den ersten vier Tagen der laufenden Woche auf 70 714 Wagg, mithin auf werktätlich 17 679 Wagg. Die Steigerung beträgt mithin im werktätlichen Durch- schnitt rund 3000 Wagg, das sind mehr als 20 vom Hundert. Am 6. November wurden annähernd 18 500 Wagg gestellt, eine Zahl, die seit Juli des Jahres nicht mehr erreicht worden ist.

Um während der Dauer der Einschränkung des Personenverkehrs eine Verbindung mit Berlin zu schaf- fen, für die sächsische Staatsbahnverwaltung einen abgeleiteten Kraftomnibus zwischen Dresden-Haupt- bahnhof und Berlin-Anhalter Bahnhof verkehren. Die Fahrtdauer beträgt 6-7 Stunden, der Fahrpreis für die einfache Fahrt 150 Mark.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 8. November.

Vergetat.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für die Berg-, Hütten- und Salinen- verwaltung.

Abg. Schudy (Soz.) begründet Anträge auf Un- terbringung und Versorgung der aus dem linksheini- schen Gebiete ausgewiesenen Bergarbeiter sowie auf Entschädigung der Saarbergleute für Ueberstunden.

Abg. Limberg (Soz.) begründet die förmliche An- frage seiner Partei über Verleihung von Bergwerks- eigentum an Krupp. Da das Reich die Sozialisierung des Bergbaues anstrebe, so sei die Ueberlassung von Bergelgentum an Private nicht angängig.

Eberberghauptmann Althaus: Die Regierung wird die Anfrage beantworten, ebenso den Antrag auf Fest- stellung, inwieweit Mineralien dem Staate vorbehalten bleiben.

Abg. Dr. Jordan (Dem.) verlangt in der Begründung eines Antrages seiner Partei, Errichtung von Bergschu- len nach dem Vorbilde der Bochumer Schule.

Abg. Dr. Reineke (Zentr.) begründet einen Antrag über Vergütung der Berg- und Hüttenarbeiter.

Hr. Nibel (Dem.) ersucht in Begründung der Anfrage Friedberg um Mittelung der zur Abhilfe der Kohlennot getroffenen Maßnahmen, um den Gefahren, wie Stillstand des Verkehrs, Einschränkung der Gas- und Elektrizitätsversorgung, Störung in der Ernäh- rungsversorgung zu begegnen. Selbst wenn wir den Friedensvertrag nicht erfüllen, haben wir bei einer normalen Kohlenförderung ein

Defizit von 22 Millionen Tonnen

(Hört! Hört!) An dem heutigen Wagenmangel trägt das alte Sparsystem einen erheblichen Teil der Schuld. Die Transportverhältnisse wären nicht so schlimm, hätte man die Wasserwege besser erschlossen. (Sehr richtig! links.)

Minister Fischel: Unsere Arbeiten für die Stelge- rung der Belegschaften haben guten Erfolg gehabt. Wir haben mit 444 000 Mann die Zahl der Verarbeit- ter wieder erreicht, die am 1. Januar 1914 vorhan- den war. (Beifall.) Auch die Förderung ist seit Mai dauernd im Steigen. Schwierigkeiten bereitet der Man- gel an Wohngelegenheit. Das Reichswirtschaftsamt will ein großzügiges Siedlungsnetz übernehmen: ein Ge- setz ist in Vorbereitung. Im wesentlichen ist die Koh- lenversorgung eine Transportfrage. Die Löhne sind dauernd erhöht worden. Beispielsweise betrugen sie im Bezirk Recklinghausen 1913 auf die Tonne 8.89 Mark, im letzten Quartal dieses Jahres 34.17 Mark. (Be- wegung.) Mit Ueberbüssen ist heute nicht mehr zu rechnen, nur im Saarrevier standen die Unkosten mit 97 Prozent noch unter den Verkaufspreisen. Es ist kein Wunder, daß die Verluste bei den staatlichen Bergwerken 1918 bereits 61 Millionen betrugen, und daß bin nicht in der Lage, für 1919 ein günstigeres Ergebnis in Aussicht zu stellen. (Hört! Hört!) Im ersten Vierteljahr 1919 beträgt der Verlust schon wieder 15 750 000 Mark, wobei die Ergebnisse der Hütten und einiger anderer Unternehmungen noch nicht be- rücksichtigt sind. Um der Dinge Herr zu werden, wer- den wir unsere Industrie außerordentlich einschrän- ken müssen. Teilweise werden wir

die Fabriken ganz stilllegen müssen,

Hütten, Bechen und Kokerolen werden wir droffeln, den Verbrauch an Elektrizität und Gas werden wir einschränken müssen. (Hört! Hört!) Weiter müssen wir eine starke Gütersperre und eine außerordentlich scharfe Zurückhaltung des Personenverkehrs durchfüh- ren. Der Bedarf an Hausbrand ist herabzumindern. (Hört! Hört!) Ein Verbrechen ist es, die Not aus Gründen des Parteinteresses zu vergrößern. (Be- gehäfter Beifall.) Öffentlich kommen wir endlich zu ruhigeren Verhältnissen. (Begehäfter Beifall.)

Abg. Gusemann (Soz.): Die Bergarbeiter sollte man besser ernähren. Die Steigerung der Kohlenför- derung hängt wesentlich ab von der Behandlung der Arbeiterfrage. Die Arbeiter wollen sich ihr Miß- standungsrecht unbedingt wahren. Ferner ist wich- tig die Regelung der Arbeitszeit und die Regelung der Wohnungsfrage.

Deutsches Reich.

— Die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission hat Arelkhar für Geister an der deutschen Küste, jedoch nur für den wechselseitigen Verkehr zwischen deutschen Häfen, ausgenommen.

— Durch die deutsche Waffenstillstandskommission sind bisher an die Entente 3000 Proteste wegen Verletzung des Waffenstillstandes berichtet worden.

— Holland hat wegen der Anwesenheit, der Kriegs- gefangenen eine Forderung von 5 422 000 Gulden an das Deutsche Reich.

— Die enallischen Offiziere, die offenbar auf Grund eines Mißverständnisses nach Klenburg gekommen waren, um die sofortige Beendung der Stadt durch enallische Truppen vorzubereiten, sind von ihrer vorläufigen Wehrre angele- sen worden, von der Ausführung ihres Auftrages Abstand zu nehmen und wieder abzureisen.

— Die Enalländer werden im Einvernehmen mit den All- ierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen nach den polnischen Bezirken schicken, in denen eine Bolschabstima- nuna stattfindet. Die Truppen werden bis Januar dort bleiben.

— Dr. Lauffenberg, der Führer der kommunisti- schen Partei in Hamburg, ist auf Grund eines Haftbefehls des außerordentlichen Kriegsgerichts wegen Aufreizung ver- haftet worden.

— Der „Präsident“ Böller des Freistaates Birkenfeld hat sein Amt niedergelegt. Die jetzige Regierung beabsichtigt die baldige Einberufung des neu gewählten Landesausschusses zwecks Wahl eines neuen Präsidenten.

— Die Gemeindevorstände in Oberschlesien. Auf die Anfrage des Obersten Rates weist die Regierung in einer Antwortnote auf die Notwendigkeit hin, die Ge- meindevorstände in Oberschlesien baldmöglichst nach dem neuen Wahlrecht vornehmen zu lassen. Während im Abri- ock-Preußen die Wahlen nach dem neuen Rechte be- reits stattgefunden haben, sind, so heißt es in der Note, in Oberschlesien die Gemeindevorstände noch nach dem alten Rechte des Dreiklassenwahlrechts ge-

mäß dem Stenversätzen zusammengefaßt. Dieses wirkt um so unerträglich, als bisher namentlich in Ge- meinden mit Berg- und Hüttenwerken die erste und zweite Klasse der Wähler beinahe ausschließlich von den Eigentümern, Unternehmern und Leitern dieser Werke gebildet wurden, die dann von sich aus zwei Drittel der Gemeindevorordneten wählten. Die Regierung hält die Abhaltung der bis jetzt zuletzt in- folge des Ausstandes verschobenen Gemeindevahlen um so mehr für geboten, als die Gemeindevahlen die Voraussetzung für die mittelbaren Kreis- und Pro- vinzialparlamenten bilden, insbesondere die neue ober-schlesische Provinzialverfassung erst auf Grund dieser Wahlen voll ins Leben treten kann. Durch die Vor- nahme der Gemeindevahlen wird auch den Interessen des polnisch sprechenden Teiles der Bevölkerung Rech- nung getragen. Dafür, daß die Wahlen in voller Freiheit zur Durchführung gelangen werden, ist jede Gewähr gegeben. Zum Schluß weist die Regierung dar- auf hin, daß dem Friedensvertrag kein Grund zu entnehmen sei, daß der preussische Staat an der Aus- übung seines souveränen Rechtes, die Verwaltung in dem künftigen Abstammungsgebiet bis zum Inkrafttre- tens des Friedens durchzuführen, gehindert oder daß die Vornahme der Wahlen der Zustimmung des inter- nationalen Ausschusses irgendwie vorbehalten wäre.

— Verschiebung des Reichsparteitages des Zen- trums. Der Reichsparteitag der Zentrumspartei, der am Sonntag, den 16. November, beginnen sollte, wird wegen der Einstellung des Verkehrs bis zum 15. No- vember und der unsicheren weiteren Verkehrsverhält- nisse an unbestimmte Zeit — wahrscheinlich bis zum Frühjahr — verschoben werden.

— 215 Millionen Mark für soziale Zwecke. Der preussische Landesversammlung ist ein Gesetzentwurf zugeworfen, wonach der Staatsregierung ein weiterer Betrag bis zu 215 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll, um Gemeinden und Gemeindevor- bänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegs- wohlfahrtszwecke sowie zur Verbilligung von Lebens- mitteln Beihilfen zu gewähren, und um öffentliche Notstandsarbeiten zu unterstützen. Zur Bereitstellung der erforderlichen Summen sollen Staatsschuldverlei- hungen ausgeben werden.

— Verlängerte Zeichnungsfrist für die Spar-Prä- mienanleihe. Da durch die Verkehrsbeschränkungen das Bekanntwerden der günstigen Zeichnungsbedingun- gen wesentlich gestört wird, insbesondere in den länd- lichen Gegenden, wurde die Zeichnungsfrist um acht Tage verlängert. Sie läuft vom 10. November bis 3. Dezember. Die erste Gewinnziehung, bei der bekanntlich unter anderem 5 Millionen Mark Gewinn- verlost werden, findet schon im März statt, die nächste folgt am 1. Juli. Weiterhin sind an jedem 1. Jan- uar und Juli Gewinnziehungen. Der ersten Prämien- anleihe werden weitere folgen.

— Der Bonus. Eine Vergünstigung besonderer Art bietet die neue Sparprämienanleihe neben der Auslosung von jährlich 5000 Gewinnen durch Sonderverteilung des sogenannten „Bonus“. Die Zie- hung der Anleihe geschieht herartig, daß in jedem Jahre 50 000 bis 100 000 Stücke der Sparprämien- anleihe durch Ziehung zur Auszahlung gelangen. Die Hälfte dieser gezogenen Stücke erhält nun eine Son- derzuweisung (genannt „Bonus“) in Höhe von 1000 Mark in späteren Jahren von 2000 und sogar 4000 Mark. Hinzu treten dann noch die angefan- genen Zinsen zu 5 Prozent, so daß auf ein Stück von 1000 Mark nach zehn Jahren 2500 Mark zurück- gezahlt werden können.

— Keine Aufstellung der Reste Posen und West- preußens. In einigen Blättern hat die Nachricht Auf- nahme gefunden, das Ministerium des Innern habe beschlossen die nach dem Friedensvertrage bei Preu- ßen verbleibenden Reste der Provinzen Posen und Westpreußen unter die benachbarten Provinzen aufzu- teilen, so daß damit die Namen Westpreußen und Posen verschwinden. Die Staatsregierung legt den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Meldung falsch ist. Wichtig ist, daß der Staatskommissar für Verwaltungsreform für die kommende Neuordnung der Verwaltung einen ähnlichen Gedanken zur Erör- terung gestellt hat. Die Staatsregierung steht diesem Gedanken fern. Sie hat im Gegenteil mit der Bil- dung eines Verwaltungsbezirks Schneidemühl bereits den Weg beschritten, den sie zu gehen gedenkt. Ueber diese verwaltungsmäßige Regelung hinaus liegt in der Abich des Ministeriums des Innern eine kom- munale Zusammenfassung der Westbezirke durch Bildung eines Provinzialverbandes Posen-Westpreußen, um diese mit der preußi- schen Geschichte auf das engste verknüpfen ehrenwür- digen Namen zu erhalten und dem in deutschen Herzen tief wurzelnden heiligen Gedanken der Einheit den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die belgische Auslieferungssache. Die belgischen Blätter veröffentlichen eine längere Erklärung über das von der belgischen Regierung gestellte Verlangen, 113 Deutsche auszuliefern, um wegen Vergehen, die sie auf dem belgischen Boden begangen haben sollen, abgeurteilt zu werden. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, daß die belgische Regierung auch Material aus den Akten geschöpft hat, die von der deutschen Verwaltung bei der Räumung von Belgien zurückgelassen wurden. Die Anklage baut sich auf drei Arten von Vergehen auf: 1. Vergehen, begangen bei Verletzung der belgischen Neutralität, also bei Einbringen der Armee in Belgien; 2. Vergehen, die begangen wurden während der Okkupation Belgiens und anlässlich der Evakuierung; 3. Endlich Vergehen zum Unpuncten der Kriegsgefangenen. Die Liste ist dem Minister für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden. Um sie aufzustellen, sind die Mitglieder der Kammer und des Senats, die Gouverneure der Provinzen, die Bischöfe, die Bürgermeister, die Verwaltung finanzieller und industrieller Unternehmungen, die Präsidenten der Vereinigungen, die sich mit den Kriegsgefangenen, den Zivilgefangenen und den Deportierten beschäftigen, zur Mitarbeit aufgefordert worden; außerdem ist die Öffentlichkeit aufgefordert worden, Mitteilungen zu machen. Die Note hebt hervor, daß die Akten von Privatpersonen außerordentlich zahlreich gewesen sind. — Der Oberste Rat hat beschlossen eine gemeinsame Liste aller durch Deutschland ausgelieferten Personen anzufertigen. Mit diesen Verzeichnissen der verschiedenen Listen, aus denen die gemeinsame Liste zusammengestellt werden soll, ist ein besonderer Ausschuss betraut worden. Derselbe Ausschuss wird auch die Gerichtshöfe zusammenlegen und die Gerichtsordnung aufstellen.

Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuss. Es steht zu erwarten, daß mit der Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs durch den Untersuchungsausschuss demnächst begonnen wird. Beide sind bereit, zu erscheinen, wenn sie dazu aufgefordert werden. Es scheint bei allen Beteiligten darüber Übereinstimmung zu herrschen, daß die beiden Heerführer ihre Kriegsführung vor dem Untersuchungsausschuss zusammen vertreten müssen. Beide bildeten eine Wehr, und daraus folge naturgemäß, daß ihre Verantwortung nicht getrennt gesehen kann. Um es dem Generalfeldmarschall zu ermöglichen, rechtzeitig in Berlin einzutreffen, dürfte ihm ein Extrazug gestellt werden.

Rundschau im Auslande.

In Sofia sind die Anhänger der deutschfreundlichen Partei Wladislawow verhaftet worden. Die Regierung des bulgarischen Reiches hat die Verhaftung des früheren Jaren Ferdinand zu verlangen.

Der Papst wird in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten. Der Papst wird in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Der Kaiser hat die Befehlsgewalt über die Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Die Proklamation der Armee in der ersten Hälfte des Dezember ein Konklave abhalten und hierbei eine Rede über die Ereignisse der Zeit, vor allen Dingen aber über soziale Fragen halten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Eisenbahner für autonome Reichseisenbahnen.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, die einschließlich der süddeutschen Landesverbände 230 000 Mitglieder zählt, befaßt sich unter anderem auf ihrer in den letzten Tagen in Berlin stattgefundenen Generalversammlung mit der Verwirklichung des staatlichen Verkehrsgewerbes. Der bekannte Eisenbahnreformer Regierungsrat Quack hielt das einleitende Referat. In der Aussprache stellten sich die Vertreter einmütig auf den Standpunkt, daß die zukünftigen Reichseisenbahnen ein größeres Maß von Selbstverwaltung unter Mitwirkung des Personals haben müssen. Der Vorstand wurde ermächtigt, eine aus hervorragenden Volkswirten und Eisenbahnsachleuten bestehende wissenschaftliche Studienkommission einzusetzen, um alle mit der Verwirklichung zusammenhängende Fragen der Finanzen, des Verkehrs, der Technik, der Organisation usw. zu bearbeiten.

Im Reichsverkehrsministerium fanden inzwischen Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen statt, zwecks Schaffung einer Personalvertretung zur Mitwirkung bei den Verwirklichungsarbeiten. Die verschiedenen Großorganisationen haben sich dann auch über Form und Umfang dieser Vertretungen geeinigt. Es ergab sich folgendes Bild: Zwei Kommissionen wurden gebildet mit 25 bzw. 5 Mitgliedern. In der ersten erhalten der deutsche Eisenbahnerverband 9, der Beamtenbund 8, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 6, der allgemeine Eisenbahnerverband 2, alle übrigen je 1 Vertreter. Je nach den zur Verhandlung stehenden Fragen werden diese Vertreter mit solchen der süddeutschen Bundesstaaten ausgewechselt. Um ein ruhiges und einheitliches Arbeiten zu gewährleisten, haben die beteiligten Organisationen für die Dauer der Verhandlungen einen Purgfrieden geschlossen.

Bücherschau.

Ein deutsches Kirchenbüchlein. In den Brännelein der Gottesstadt. Ein deutsches Kirchenbüchlein. Von D. Karl Hessebacher und D. Rudolf Schäfer. 48 S., reich illustriert 75 Pfg., 50 Stück 36 M., 100 Stück 68 M. Verlag: Evangelischer Buchverlag für Deutschland (E. V.), Berlin-Steglitz.

Mitten in der unruhigen Gegenwart haben sich zwei Meister christlicher Volkskunst vereinigt und uns ein Büchlein geschenkt, das uns mit stiller Gewalt aus dieser Unruhe heraushebt und hinführt zu den ewigen Kraftquellen, den „Brännelein der Gottesstadt“ (H. 46). Zu den herzlichsten Worten Hessebachers hat in seiner innigen Weise Rudolf Schäfer traute, gemütsregende Bilder gezeichnet. Was will das deutsche Kirchenbüchlein? Es will dem evangelischen Volke in Stadt und Land nahebringen, was es an seiner Kirche besitzt und was alles aus seinem Leben verschwindet, wenn es den Einfüßungen derer Gehör schenkt, die es in dieser Zeit des allgemeinen Zusammenbruchs auch um dies letzte und kostbarste Erbe der Vergangenheit bringen wollen. Es löst diese Aufgabe nicht mit Worten abhandelter Beweisführung — das ist oft versucht worden und hat wenig gefördert — sondern indem es den Leser an seinem eigenen Erleben faßt, ihn einführt in die Welt trauester Erinnerungen, die ihn mit seiner Kirche, dem heiligen Land seiner Kinder und seiner Väter verbindet und ihm zeigt, wie es mit seinem Leben verwurzelt ist in diesem Heimatboden der Seele. Kinderlosigkeit am goldenen Morgen. (Der liebe Taufgang; Trauliche Abende; Weihnachts im Elternhaus usw.); Im Blüten und Werden der Jugend (Ein treuer Lehrer; Im Konfirmandenunterricht; Am Tag der Einsegnung; In der Fremde) Im großen Wirken und im harten Sturm (Hochzeitstag. Der liebe Sonntag. Im Tagewerk usw.) Im stillen Abendschein (Von lieben alten Leuten. Geisteskräfte. Heiliger Ausklang) — sind die einzelnen Abschnitte überschrieben, in denen in anmutender Schilderung ein Bild der Weiße und des Segens gezeichnet wird, mit dem die Kirche ein Menschenleben zu schmücken vermag. So ist ein Büchlein entstanden voll Innigkeit und Gemüt, das einen nicht wieder losläßt, wenn man einmal damit zu lesen begonnen. Das deutsche Kirchenbüchlein. In den kommenden Schicksalsstunden wird es berufen sein, einen großen Dienst zu tun.

Zum baldigen Antritt suche ich zur Führung meines Haushalts in Kiel eine evangel. erachtete Frau, geistlich und geistlich.

Hausdame

Im Alter von etwa 35 Jahren, die in ihren 5 Kindern (3 Knaben und 2 Mädchen) von 2-8 Jahren die hauswirtschaftliche Unterhaltung erlernen soll. Auf die Kindererziehung in Bezug auf Herz und Gemüt wird größter Wert gelegt. Angenehmes, selbständiges Wesen, musikalisch, sparsame Führung des Haushalts, Sinn für gute Ordnung, Liebe zum Landleben sind ferner erwünschte Eigenschaften. 1 Kinderhülfs- und 2 Mädchen werden gehalten. Gest. Antworten mit Bild unter H. H. an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst ständig. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionar oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule D. Jaeger.

Verchiedenes.

Deutsche Konferenz für Evangelisation. Die allgemeine Verkehrsperle zwingt zu einer Verschiebung der Konferenz, die für den 11. bis 14. November geplant war. Gott wird sorgen, daß sie zur rechten Stunde stattfinden! Im Einverständnis mit Pastor Samuel Keller sind als Zeitpunkt nunmehr die Tage vom 13. bis 16. April 1920 in Aussicht genommen. Schon gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit, können aber auch zurückgegeben werden.

Heimkehr aus der Gefangenschaft. Die französischen Zeitungen melden, ist ein japanischer Dampfer mit deutschen Kriegsgefangenen aus Japan in Le Havre eingetroffen, die über Antwerpen in ihre Heimat zurückbefördert werden. — Den englischen Blättern zufolge gibt das britische Kriegsamt bekannt, daß vom 1. September bis 29. Oktober 228 968 deutsche Kriegsgefangene heimbeordert wurden. In ausländischer Stelle wird mit einer Beendigung der Transporte aus England um die Mitte dieses Monats gerechnet.

Buchthauskassen für Schieber. Unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung beginnen die Gerichte nunmehr die schärfsten Strafen gegen Schieber zu verhängen. So wurde in München-Isarbad ein Zuchthaus zu vier Jahren Zuchthaus und Einziehung seines gesamten Vermögens verurteilt. In Bochum wurden ungetreue Eisenbahnangestellte in drei großen Prozessen abgeurteilt. Welchen Umfang der Schleichhandel im westlichen Deutschland angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß das Ruhrgebiet in Bremen innerhalb fünf Tagen 24 Waggons Lebensmittel, darunter 11 Waggons mit Del beschlagnahmt hat, die ins Ausland verschoben werden sollten. Auf der Stadtverordnetenversammlung in Ansbach wurde sogar die Einführung der Prügelstrafe für Schieber und Wucherer gefordert.

Wieder regelrechtlicher Fischdampferbetrieb. Der deutsche Fischdampferbetrieb kann sich nun endlich seit einiger Zeit wieder unbehindert in vollem Umfange entfalten. Die Befragungsfrage bietet keine Schwierigkeiten mehr, und auch die Befolgung genügt jetzt allen billigen Anforderungen. Dadurch widert sich der ganze Betrieb glatt und regelmäßig ab, was um so erfreulicher ist, als auch die guten Fänge auf den Nordseeangriffen anhalten. Von der üblichen einwöchigen Fangreise werden im Durchschnitt Fänge von 50 000 bis 60 000 Pfund Seefische angebracht, doch sind auch Fänge zwischen 70 000 und 80 000 Pfund keine Seltenheit. Dadurch kommen nun täglich große Fänge an den verschiedenen deutschen Nordsee-Fischmärkten zum Verkauf. — Auch der Leichterverkehr an der deutschen Küste ist von der internationalen Marinekommission wieder freigegeben, jedoch nur für den wechselseitigen Verkehr zwischen deutschen Häfen. Immerhin ist diese Wiederrückführung der Ostseeperle von großer Bedeutung für die Kohlenversorgung Ostpreußens.

Letzte Nachrichten.

Will Clemenceau am Ruder bleiben?

Basel, 10. Nov. Der langjährige Ratschef Clemenceau, Mandel, erklärte in einer Wahlversammlung, daß Clemenceau nicht die Absicht habe, sich völlig aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Wenn er auch das Parlament verlässe, so sei er nicht verpflichtet, den Posten als Ministerpräsident aufzugeben. Von Interesse war auch die Mitteilung, Clemenceau habe die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen gewünscht, sei aber von Lloyd George und Wilson überstimmt worden. Die früheren Ministerpräsidenten Poincaré und Briand hätten die Präsidentenschaft des Ministeriums niederlegen müssen, als sie im Begriff waren, mit dem Feinde über den Frieden zu verhandeln.

Wahlen unter dem Zwang der Beichte.

Frankfurt a. M., 10. Nov. Die französische Regierung hat für den 16. November, den Tag der Wahlen, besondere militärische Maßnahmen für Elsaß-Lothringen in Aussicht genommen. Einem militärischen Befehl zufolge haben an diesem Tage und in der Nacht sämtliche Truppen in den Garnisonen alarmbereit zu stehen. Für das oberelsässische und das lothringische Industriegebiet werden für den Wahltag besonders zuverlässige Truppen verwandt.

für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckeri Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld. Schluß 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Bethel bei Bielefeld, Postfach 7382 Hannover.

Schuhmacher

für die Schuhreparaturwerkstätte des nördlichen Versorgungshauses am altsiedlichen Eintritt gesucht. (Bielefeld, Bielefeld), den 3. November 1919.

Die städtische Armenkommission.

Dr. Seyd.

Stellen-Angebote

haben im „Aufwache“ sehr viel Erfolg.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Werbet für die Zeitung!